

Östland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 2

Berlin, den 15. Januar 1936

19. Jahrgang

Zwischen den Fronten

Es ist Polen im Laufe der letzten fünf Jahre gelungen, sich von dem außenpolitischen Gesetz, das ihm in Versailles diktiert worden war, zu befreien. Aus einem Staat, der einer westlichen Großmacht hörig war, hat sich Polen zu einem Faktor entwickelt, der im Rahmen der großen europäischen Politik sein eigenes Schwergewicht hat. Aus einem mehr gezwungenen als freiwilligen Parteilager Frankreichs ist ein Staat geworden, dessen Außenpolitik von dem Gedanken beherrscht ist, nach Möglichkeit an keinem der politisch-weltanschaulichen Lager, die sich aus den Gruppen der „totalitären“ und der „demokratischen“ Staaten in Europa herausgebildet haben, unmittelbar beteiligt zu sein. Es ist Polen durch dieses Bestreben, sich zwischen den Fronten zu halten, gelungen, die taktischen Möglichkeiten seiner Außenpolitik zu verbessern, und zwar insofern, als es als Außenleiter u. U. in die Lage versetzt wird, einerseits aus dem Wettbewerb der beiden gegeneinanderstehenden Fronten und andererseits aus dem Anlehnungsbedürfnis der sich in einer ähnlichen Lage befindlichen kleineren Mächte Nutzen zu ziehen. Beides hat Polen während der letzten Jahre versucht.

Es wäre verfehlt, wenn man das Abbrücken Polens von der Sowjetunion, seine Zurückhaltung gegenüber Frankreich, seine Antipathie gegen das System der „kollektiven Sicherheit“, den Abschluß des Gewaltverzichtspaktes mit Deutschland und die Abgabe der Volksgruppen-Erklärung vom 5. November v. J. oder auch die Lausache, daß Polen seinerzeit die Sanktionen gegen Italien vorzeitig eingestellt hat, so auslegen wollte, als ob Polen bereits entschlossen sei, sich an die Seite der „totalitären“ Staaten zu stellen. Diese Absicht hat Polen zweifellos nicht. Wohl aber ist es seit mehreren Jahren darauf bedacht, sich in dem Maße, in dem sich die Gegensätze zwischen den Fronten verschärfen, vorsichtig von der Gruppe der „demokratischen“ Staaten zu lösen, nicht um sich nun gegen diese Staaten zu stellen, sondern um von deren Gegnerschaften nicht mißbelastet zu werden. Es gibt aber Fragen grundsätzlicher Art, um deren Beantwortung schließlich auch die polnische Politik nicht herumkommen wird, deren Beantwortung aber zugleich eine Entscheidung für diese oder jene der beiden europäischen Fronten bedeutet. Hierher gehören z. B. die Einstellung zum Völkerbund, das Judenproblem und die Forderung nach Kolonialbesitz. In allen drei Fragen drängt die Entwicklung der letzten Zeit zur Entscheidung.

Die Einstellung Polens zum Völkerbund hat sich im Laufe der letzten Jahre weitgehend gewandelt. An die Stelle des früheren eifrigen Bemühens um einen ständigen Sitz im Völkerbundsrate ist eine durchaus kritische Betrachtung der Genfer Leistungen und Methoden getreten. Bereits in einer Ende 1936 in Genf überreichten Denkschrift über die damals noch aktuelle Frage einer Reform des Völkerbunds paktes hat Oberst Beck der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Genfer Institution der Versuchung erliegen könne, ein Zweckverband von Staaten zu werden, deren Interessen mit denen der dem Bunde nicht angehörenden Staaten in Widerspruch stehen. Erneut hat sich der polnische Außenminister dann im Mai 1937 gegen einen Völkerbund, der eine Interessengemeinschaft der „demokratischen“ Staaten darstellt, erklärt und betont, „daß die Grundsätze

der polnischen Politik gerade auf der Abneigung, sich irgendwelchen entgegengelegten oder gar feindlichen Blocks oder Lagern anzuschließen, beruhen". In verschärfter Form ist diese Abneigung gegen den sich immer mehr von dem Grundsatz der Allgemeinheit entfernenden Völkerbund noch einmal im Dezember v. J., nach dem Austritt Italiens aus der Genfer Institution und der Verlautbarung der Reichsregierung, daß das Deutsche Reich niemals mehr nach Genf zurückkehren werde, in einer von der „PAZ" veröffentlichten amtlichen Erklärung der polnischen Regierung zum Ausdruck gekommen: „Wenn Genf weiterhin die Tendenz vertritt, doktrinaire Auseinandersetzungen zu pflegen, dann sieht sich die polnische Regierung gezwungen, zu prüfen, ob sie sich nicht im Gegensatz zu den Genfer politischen Grundsätzen befindet und demgemäß an eine Revision ihrer Einstellung zu dieser Einrichtung herangehen muß". In ausführlicher Weise hat Oberst Bedl schließlich die polnischen Bedenken gegen den Völkerbund noch einmal in seiner Rede vor dem Sejm am 10. Januar d. J. zusammengefaßt: „Man kann sich", so hat er da u. a. gesagt, „des Eindrucks nicht erwehren, daß verschiedene Faktoren die Liga in erster Linie als ein Instrument sehen wollen, das gegen die sogenannten totalitären Staaten gerichtet ist".

Mit einer Polen befriedigenden Reform des Völkerbundes ist nicht mehr zu rechnen. Das Prinzip der Allgemeinheit der Genfer Liga ist unrealisierbar geworden, und die Tatsache, daß in Genf die „demokratischen" Staaten allein maßgebend und von jeder daran gewohnt sind, sich der aus der Versailler Atmosphäre stammenden Institution als eines Kollektivinstrumentes ihrer Sonderpolitik zu bedienen, läßt die polnische Befürchtung hinsichtlich einer fortschreitenden Entartung des Völkerbundes in vollem Umfang als berechtigt erscheinen. Das aber bedeutet, daß Polen vor die Frage gestellt werden wird, ob es im Bunde bleiben und als dessen Mitglied den aller Voraussicht nach erfolglosen Versuch unternehmen soll, in Genf gegen den Widerstand der dort versammelten Staaten die Grundsätze seiner eigenen Politik zur Geltung zu bringen, oder ob es aus dem Grundsatz seiner Politik, mit keinem der bestehenden Lager gemeinsame Sache zu machen, die letzte Konsequenz ziehen und aus dem Bunde austreten soll, — was von den „demokratischen" Staaten naturgemäß sofort als polnische Parteinahme für den Block der „totalitären" Staaten ausgelegt werden würde.

Zu den Faktoren, die die außenpolitische Lage eines Staates berühren, gehört auch die Behandlung der jüdischen Frage. Diese hat schon bei dem Zustandekommen der Minderheitenschutzverträge von 1919 eine maßgebliche Rolle gespielt. Seit der Machtgreifung durch den Nationalsozialismus hat die Behandlung, die diese Frage in den einzelnen Staaten erfährt, geradezu die Bedeutung eines Kennzeichens der außenpolitischen Orientierung erlangt. Auch Polen hat die internationalen Rückwirkungen einer judenfeindlichen Einstellung schon gelegentlich zu fühlen bekommen. Wenn Polen auf gesetzliche Maßnahmen auf diesem Gebiete bisher verzichtet und auch die Frage der jüdischen Auswanderung vor der internationalen Öffentlichkeit bisher nur mit vorsichtiger Zurückhaltung angefaßt hat, so ist hierfür in erster Linie die nicht unbegründete Befürchtung maßgebend gewesen, daß es durch eine kräftige Initiative in der Behandlung dieses Problems in eine allzu nahe politische Berührung mit dem Block der „totalitären" Staaten gebracht werden könnte. Durch den Umschwung in Rumänien ist auch für Polen in dieser Hinsicht eine neue Lage entstanden. Polen wird durch das Vorgehen seines südlichen Nachbarn in die vorteilhafte Lage versetzt, die Auswirkungen einer Politik, die es selber nicht durchzuführen gewagt hat, an einem Staate, der sich in einer ähnlichen internationalen Situation wie es selber befindet, studieren und daraus seine späteren Schlüsse ziehen zu können. Polen hat den gefährlicheren Weg gewählt, sich die Politik, die es selber einmal einzuschlagen gedenkt, von einem anderen Staate erst einmal vorgezieren zu lassen. Hat Rumänien mit seinem Vorgehen gegen die Juden trotz der Schwierigkeiten, die ihm von den sonst um die nationalen Minderheiten wenig besorgten Westmächten in den Weg gelegt werden, Erfolg, so ist mit einiger Bestimmtheit damit zu rechnen, daß Polen seinem Beispiel folgen und die zu erwartenden außenpolitischen Rückwirkungen in Kauf nehmen wird. Darüber, daß die Entjudung auch für Polen eine innerpolitisch-völkische Notwendigkeit ist, können keine Zweifel bestehen. Als sicher muß man aber auch annehmen, daß eine tatkräftige Initiative in dieser Richtung geeignet ist,

nicht nur die Beziehungen Polens zu den „demokratischen“ Staaten zu trüben, sondern auch die Aussichten auf eine konsequente Fortsetzung seiner Politik zwischen den Fronten zu mindern.

Eine weitere Frage, die in diesem Zusammenhange erwähnt werden muß, ist die Forderung Polens, an einer Neuverteilung des überseeischen Kolonialbesitzes beteiligt zu werden. Mit dieser Forderung, die die Interessen der „besitzenden“, und das bedeutet im wesentlichen wieder der „demokratischen“ Staaten berührt, stellt sich Polen an die Seite der Staaten, die eine Erweiterung ihres wirtschaftlichen Lebensraumes und ihrer Rohstoffbasen verlangen. Freilich ist Polen bemüht, mit seiner Forderung den gegenwärtigen Besitzern der Kolonialgebiete nicht allzu lästig zu fallen und Deutschland allein die Beschwernisse, die die Weltendmachung der Kolonialforderung mit sich bringt, übernehmen zu lassen. Gerade dadurch aber, daß es seine eigene Forderung gewissermaßen an diejenige Deutschlands anhängt, rückt es an die nichtbesitzenden, und das sind im wesentlichen wieder die „totalitären“ Staaten nur um so näher heran.

Je weiter die drei genannten Probleme austreifen, um so schwieriger muß es für Polen erscheinen, sich weiterhin zwischen den Fronten zu halten. Es ist offensichtlich, daß eine solche Stellung zwischen den Mächten, die in sich die Kräfte weltbewegender Entscheidungen bergen, notwendigerweise etwas Provisorisches ist und einem Staate wie Polen nur zeitlich begrenzte Erfolgsaussichten zu bieten vermag. Aber nicht nur das. Eine solche Stellung biegt für einen Staat, dem die Macht fehlt, die Entscheidungen, denen er ausweichen will, zu verhindern, die Gefahr, von beiden Fronten als Gegner behandelt zu werden. Die Politik, die Polen betreibt, setzt weniger mutige Initiative als wendige Klugheit voraus. Und der, der sie betreibt, übersieht allzu leicht, daß das, was er selber für Klugheit hält, von den Anderen als verträgnisunfähige Unzuverlässigkeit aufgefaßt werden kann. Wer zu vorsichtig ist, um sich rechtzeitig auf einen der ihm bereitgestellten Stühle zu setzen, wird schließlich zwischen die Stühle geraten. Dr. K.

Fünf Jahre Gau Bayerische Ostmark

Am 11. Januar vor fünf Jahren wurde auf Befehl des Führers der Gau Bayerische Ostmark geschaffen. Ueber Aufgabe und Bedeutung dieses Gaus sprach am 4. Dezember 1937 auf einer Arbeitstagung des Bundes Deutscher Osten in Passau Gauleiter Fritz Wächtler, der die Tagung als ein eindrucksvolles Bekenntnis zur Einheit der Ostgrenze des Deutschen Reiches begrüßte. Aus der Rede des Gauleiters seien im Folgenden einige leitende Gedankengänge wiedergegeben:

Es ist die vornehmste Aufgabe des Bundes Deutscher Osten, der keine Partei- oder Staatsdienststelle, sondern eine Vereinigung gleichgesinnter, verantwortungsfreudiger Bekenner und Kämpfer für den deutschen Osten ist, dessen geistige und seelische Einheit zu pflegen. Innerhalb dieses Kampfes um den deutschen Osten hat die Bayerische Ostmark mehrere Aufgaben von besonderer Eigenart zu erfüllen. Schild und Brücke ist die Bayerische Ostmark zugleich: Schild der Reichseinheit im Osten und Brücke des Reiches zum Südosten. Beide Aufgaben sind an sich nicht neu. Denn gewaltige Kulturströme sind aus dem Raum der Bayerischen Ostmark viele Jahrhunderte hindurch donauabwärts gegangen, und gefährliche, gegen das Reich gerichtete Völkerstürme sind an dem harten Wehrwallen der Bayerischen Ostmark abgeprallt. Man braucht nur an den Hussitensturm denken! Nur die Kurzsichtigkeit eines lediglich staatlichen und privatwirtschaftlichen Denkens hat während des letzten halben Jahrhunderts die großen Aufgaben der Bayerischen Ostmark in Vergessenheit geraten lassen. Das kleindeutsche Reich hat jenseits der Grenze nur das verbündete Osterreich, nicht aber das angreifende Tschechien und das bedrängte Deutschland gesehen. Man hat Passau, das einst ein Mittelpunkt süddeutscher Kulturbeziehungen war, zu einer Landstadt herabsinken und die reichsdeutsche Donaualtschaft mit ihrem Hinterland zu einem toten Winkel werden lassen.

Es hat es sich, als im Jahre 1933 der Gau Bayerische Ostmark geschaffen wurde, zunächst einmal darum gehandelt, überhaupt erst wieder um Verständnis für die Aufgaben dieses Gaus zu werben. Es wird in Deutschland auch heute noch viel zu wenig beachtet, was es bedeutet, daß bei Furch im Wald die Tschechen 200 Kilometer weiter westlich stehen als die Polen bei Schneidemühl und um 300 Kilometer weiter westlich als die Slowenen an der Kärntner Grenze, daß im Bereich der Bayerischen Ostmark, also im Zentrum der gesamtdeutschen Ostfront, der tiefste slawische Einbruch in den deutschen Staats- und Volkraum liegt. Und es muß auch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der tschechische Keil sowohl die nördlich und südlich von ihm gelegenen deutschen Gebiete in der Flanke und im Rücken wie auch die Mitte des deutschen Volks- und Reichsbodens gerade an ihrer schmalsten Stelle, auf der Linie Furch im Wald—Weißenburg im Elsaß, bedroht, daß Tschechen und Franzosen in Versailles mit dem Gedanken spielten, an dieser Stelle die Reichseinheit zu zerbrechen.

Die Tatsache, daß dieser Aufschlag auf die Einheit des Reiches hat abgewehrt werden können, ändert nichts daran, daß die Bayerische Ostmark einer der Nervenzentren der reichsdeutschen Ostgrenze und im Guten wie im Bösen ein Raum der großen Entscheidungen ist, und das um so mehr, als durch die Zusammenarbeit zwischen Prag und Moskau der tschechische Keil an einen gefährlich langen Hebelarm angelehnt worden ist, der vom Kzemi bis in das Herz Mitteleuropas reicht. Um aber Nervenzentren schätzen zu können, braucht man nicht nur einen guten Panzer, also eine starke Wehrmacht, sondern auch einen gesunden Körper, also ein dicht siedelndes, lebensfähiges und bodenständiges Grenzvolk. Denn auch die beste Truppe ist auf die Dauer nicht in der Lage, ein ausgeblutetes Land gegen einen überlegenen fremden Blutdruck zu halten. Volkspolitisch läßt sich ein Land letzten Endes nur durch die Kraft des biologischen Wehrwillens eines Volkes behaupten.

Von diesen Überlegungen ausgehend, hat der Nationalsozialismus im Jahre 1933 in der Bayerischen Ostmark die Erziehung der Bevölkerung zum Grenzbewußtsein, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, den Aufbau der gewerblichen Wirtschaft, die Leistungssteigerung der Landwirtschaft, die Erschließung des Landes durch große Straßenbauten, den Kampf um die Volksgesundheit und den Aufbau des kulturellen Lebens begonnen. Er hat all diese vielseitigen Maßnahmen einer bewußten grenzpolitischen Zielsetzung untergeordnet: die Bayerische Ostmark zu einem Schild der Reichseinheit gegen die Gefahren von Osten und zu einer Kammer der Reichseinheit über die Stammes- und Konfessionsgrenzen hinweg auszugestalten. Vielleicht treten die Erfolge der nationalsozialistischen Aufbauarbeit für den, der die wirtschaftlichen und seelischen Verwüstungen des vergangenen Zeitalters kennt, nirgends so handgreiflich sichtbar wie in der Bayerischen Ostmark zu Tage. Es ist klar, daß in den wenigen, seit der Machtergreifung verstrichenen Jahren die traurigen Ergebnisse einer langwährenden Vernachlässigung noch nicht endgültig haben beseitigt werden können. Es ist notwendig, die Verkehrserschließung fortzusetzen, die bäuerliche Waldwirtschaft zu verbessern, die Viehwirtschaft in den ackerbaufreundlichen Waldgebieten zu fördern, das Land aus einer Rohstoffquelle für andere Gebiete zu einer Werkstätte der Rohstoffverarbeitung zu entwickeln, die Volksgesundheit zu heben, insbesondere die Säuglingssterblichkeit zu bekämpfen uam. Alle diese Maßnahmen müssen dem Ziel dienen, die Abwanderung aus dem Grenzgebiet zum Stillstand zu bringen, die Siedlung im Grenzgebiet zu verdichten und gerade die tüchtigsten Kräfte durch die Sicherung lohnender Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten dem Grenzgebiet zu erhalten.

Wied so die Bayerische Ostmark zu einem starken Garanten der Einheit des Reiches, so wird sie auch fähig, ein Mittler des Reichsvolkes zum Südosten zu werden. Von der Donau, der Lebensader des Südostens durchzossen, ist unter allen reichsdeutschen Gauen vor allem die Bayerische Ostmark berufen, diese Mittlerrolle zu übernehmen und den lebensnotwendigen Zusammenklang zwischen den großen Landchaften des Rheines und der Donau nach Südosten hin sicherzustellen. Es muß mehr als eine geschichtliche Erinnerung werden, daß die Donaulandschaft einst

zu den blühendsten und dichtest besiedelten Gebieten des Reiches gehörte und daß Regensburg einst ein wahrhafter Reichsmittelpunkt war. Es muß als eine gegenwartspolitisch bedeutsame Tatsache erkannt werden, daß die bayerischen und österreichischen Städte an der Donau die Einseitlichkeit der deutschen Kultur sinnfällig verkörpern. Man darf gerade angesichts der bolschewistischen Drohung, der sich das Hussitentum verbündet hat, nicht vergessen, daß es die Stärke des deutschen Volkes im Donauraum war, die mehr als einmal den Vorstoß Asiens gegen die europäische Mitte zum Stehen gebracht und damit eine Aufgabe für ganz Europa erfüllt hat, der die kleineren Völker des Südostens trotz ihrer großen Blütopfer nicht gerecht zu werden vermochten, und daß die kulturelle, wirtschaftliche und wehrpolitische Gemeinsamkeit des deutschen und des weiteren europäischen Südostens auf eine große, durch die Jahrhunderte bewährte Tradition zurückblicken kann. Feindliche Gewalt, diplomatische Kleingläubigkeit und verengtes Raumbewußtsein haben diese Tradition zu zerstören versucht. Daß aber die Tragödie des Donauraumes auch von den Kreisen empfunden wird, die sie verschuldet haben, geht aus der Tatsache hervor, daß seit 1919 in Paris, Prag und Genf Dutzende von Plänen für die Reorganisation dieses Raumes aufgestellt worden sind, die wie Leuchttaroten am politischen Himmel Europas aufstiegen und, ohne eine Spur zu hinterlassen, wieder verpufften. Denn ihre Urheber haben den fundamentalen Fehler begangen, eine Neuordnung des Donauraumes ohne oder gegen das Deutsche Reich und das deutsche Volk durchzuführen zu wollen.

Jede Neuordnung dieses Raumes aber wird an folgenden grundlegenden Tatsachen nicht vorbeigehen können: 1. Das Deutsche Reich und Österreich sind vom gleichen deutschen Volke besiedelt, und in einem Zeitalter, dem die Völker das Gepräge geben, wird man auf die Dauer die Lese ein und desselben Volkes nicht daran hindern können, eine gemeinsame Straße zu gehen. 2. Die Völker des Donauraumes sind mit dem deutschen Volke in eine gemeinsame Abwehrfront gegen einen Feind, der sie alle bedroht, den Bolschewismus, gestellt. 3. Die Völker des Donauraumes bedürfen, um ihren materiellen und kulturellen Wohlstand zu mehren, eines Ergänzungsraumes, der ihnen den Uberschuß ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohstoffe abnimmt; dieser Ergänzungsraum kann kein anderer sein als das Deutsche Reich. Es liegt im Interesse aller Anrainer des Donaustromes, eine auf weite Sicht berechnete mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen, die allen Beteiligten inmitten einer stürmischen und unberechenbaren Entwicklung der Weltpolitik die ihnen lebensnotwendigen Wirtschaftsgüter im nachbarlichen Austausch sichersstellt. Eine solche Entwicklung läßt sich wesentlich durch den Ausbau der Großschiffahrtsstraße Rhein—Main—Donau mit Abzweigungen nach Mittel- und Norddeutschland verstärken. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß der Bau dieses Großwasserweges eine geschichtliche Wende im Wirtschaftsleben Mittel- und Südosteuropas darstellen und wohl ebenso viel wirtschaftsgestaltende Kraft wie etwa der Bau des Suezkanals haben wird.

Im Rahmen dieser gesamtdeutschen Aufgabe kommt der Bayerischen Ostmark ihre besondere Aufgabe zu, eine Aufgabe, die die deutsche Schlüsselstellung Österreichs gegenüber dem Südosten in keiner Weise beeinträchtigt oder beschränkt. Denn es genügt nicht, daß die Aufgabe, die dem deutschen Volk an der Donau gestellt ist, nur in dem Raum zwischen Wien und Linz begriffen und durchgeführt wird. Der österreichische Donauraum muß in einer lebensvollen reichsdeutschen Donaulandschaft seine Fortsetzung finden. Im Zuge einer vom Rhein zur Donau führenden Lebensader darf keine tote Stelle, keine Bruchlinie liegen. Keine Landschaft des Reiches ist nur für sich selber da. Eine jede muß sich zu einem lebendigen Ganzen mit den anderen Landschaften des Reiches verbinden. Der Bayerischen Ostmark werden durch ihre Lage an der tiefsten Einbruchstelle slawischen Volkstums, an der Nahtstelle zwischen Nord- und Süddeutschland und an der großen Wirtschafts- und Kulturstraße der Donau ihre reichswichtigen Aufgaben gewiesen. Und die Bayerische Ostmark hat, seitdem sie vom Nationalsozialismus zum Bewußtsein ihrer Lage und der sich daraus ergebenden Aufgaben erweckt worden ist, schon bewiesen, daß sie bereit ist, sich mit allen Kräften dort einzusetzen, wo es um die Zukunft des deutschen Volkes und um die Größe des Deutschen Reiches geht.

Deutscher Schulstreit in Ostoberschlesien

Mit dem Beginn des Schuljahres 1937/38 trat nicht nur für die privaten, sondern auch für die öffentlichen deutschen Minderheitsschulen Ostoberschlesiens eine wesentliche Verschlechterung der Rechtslage. Durch das System der Sprachprüfungen wurden zu Beginn dieses Schuljahres mehr als 30 v. H. der Kinder, die zu den öffentlichen Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache angemeldet worden waren, am Besuch dieser Schulen gehindert. Von 1346 deutschen Schulanfängern, die sich den Sprachprüfungen unterziehen mußten, wurden 407 in polnische Schulen verwiesen. Im Schuljahr 1936/37 waren von 1577 deutschen Schulanfängern 10,9 v. H. und im Schuljahr 1935/36 von 1407 deutschen Schulanfängern 10,1 v. H. zwangsweise den polnischen Schulen zugeteilt worden. Während also in den vorhergehenden Jahren etwa ein Zehntel der zu den deutschen Schulen angemeldeten Kindern zurückgewiesen worden war, wurde zu Beginn des Schuljahres 1937/38 fast ein Drittel dieser Kinder von diesem Schicksal betroffen. Die Sprachprüfungen in den deutschen Kindergärten Ostoberschlesiens hatten ein ähnlich schlechtes Ergebnis.

Senator Wiesner richtete in dieser Angelegenheit am 3. Januar eine Anfrage an den polnischen Kultusminister. Zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Lage sei im Folgenden an die Entwicklung der Sprachprüfungssfrage erinnert: Bereits im Jahre 1926 wurde auf polnisches Betreiben versucht, die strittige Frage der Volkzugehörigkeit dadurch zu klären, daß man die zu den deutschen Schulen angemeldeten Kinder auf ihre deutschen Sprachkenntnisse prüfte. Die damals unter der Aufsicht des vom Völkerbund delegierten „Sachverständigen“ Maurer durchgeführten Sprachprüfungen hatten Beschränkungen von Seiten der deutschen Volksgruppe zur Folge, mit dem Ergebnis, daß die Sprachprüfungen vom Internationalen Gerichtshof in Haag als mit dem Grundsatz des freien Volkstumsbekenntnisses unvereinbar abgelehnt wurden. Schließlich kam es im Jahre 1934 durch Vermittlung des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, zu einer Einigung zwischen dem Deutschen Volksbund und der Wojewodschaftsbehörde. Zwischen diesen beiden Parteien wurde ein förmliches Abkommen geschlossen, in dem vom Deutschen Volksbund das System der Sprachprüfungen anerkannt wurde, während die Wojewodschaftsbehörde sich dazu verstand, die Prüfungen von Kommissionen vorzunehmen zu lassen, die aus zwei gleichberechtigten und der deutschen Sprache vollkommen mächtigen Mitgliedern bestanden, von denen das eine vom Volksbund und das andere von der Wojewodschaft berufen wurde. Weiter wurde vereinbart, daß diejenigen Fälle, in denen sich die beiden Mitglieder der Prüfungskommissionen nicht einigen konnten, einem oder mehreren neutralen pädagogischen Superexperten unterbreitet werden, von diesen, unabhängig von der ersten Prüfung, noch einmal geprüft und endgültig entschieden werden sollten.

So war die Lage bis zum Ablauf der Genfer Konvention im Juli v. J. Damals änderten die polnischen Behörden, ohne die deutsche Seite hiervon in Kenntnis zu setzen, ihre Sprachprüfungspraxis, indem sie zu den Kommissionen keine deutsche Vertreter mehr zuzogen, sondern die Prüfungen ausschließlich von polnischen Lehrpersonen durchführen ließen. Von polnischer Seite wurde dieser Schritt mit dem Ablauf der Genfer Konvention begründet, obwohl die Abmachung von 1934 mit dem Teil III der Konvention in keinem Zusammenhang standen, sondern eine interne Angelegenheit zwischen dem Deutschen Volksbund und der Wojewodschaftsbehörde dargestellt hatte. Die Folge der unter Ausschluß der deutschen Kommissionsmitglieder vorgenommenen Sprachprüfungen war, daß, wie eingangs erwähnt, zu Beginn des Schuljahres 1937/38 407 Kinder, deren Eltern sich ganz klar zur deutschen Volksgruppe bekennen, der polnischen Schule zugeteilt wurden, obwohl von deutscher Seite durchgeführte Prüfungen ergaben, daß der weit überwiegende Teil dieser Kinder die deutsche Sprache genügend beherrschte, um einem deutschsprachigen Unterricht folgen zu können. Die Eltern der von der deutschen

Schule zurückgewiesenen Kinder traten, da sie mit dem Entscheid der polnischen Prüfungskommissionen nicht einverstanden sein konnten und ihre Proteste bei der Wojewodschaftsbehörde erfolglos verliefen, ihnen gegen den Entscheid der Kommissionen aber kein Rechtsmittel zustand, in den Schulstreik. „Es ist so weit“, heißt es in der Anfrage des Senators Wiesner, „daß heute einige hundert deutsche Kinder keine Schule mehr besuchen, weil die Eltern nicht gewillt sind, entgegen ihrem ganz klaren Bekenntnis zum Deutschtum die Kinder in die polnische Schule zu schicken“.

Die seit dem Ablauf der Senfer Konvention eingeführte Praxis der Sprachprüfungen steht, wie in der Anfrage weiter festgelegt wird, sowohl mit der polnischen Verfassung und den geltenden Gesetzen wie auch mit der Volksgruppen-Erklärung vom 5. November v. J. im Widerspruch. Die Volksgruppen-Erklärung verbietet, „die Minderheiten zwangsweise zu assimilierten, die Zugehörigkeit zur Minderheit in Frage zu stellen und das Bekenntnis der Zugehörigkeit zur Minderheit zu behindern“. In Übereinstimmung damit wird in der Anfrage des Senators Wiesner die Anerkennung des Grundgesetzes verlangt, daß die Entscheidung darüber, ob jemand deutsch ist oder nicht, einzig und allein vom Bekenntnis des Einzelnen und, falls dieser sich zum Deutschtum bekennt, von der Anerkennung seines Bekenntnisses durch die Volksgruppe abhängig ist. Die gegenwärtige Sprachprüfungspraxis muß von der deutschen Volksgruppe grundsätzlich abgelehnt werden. In diesem Sinne werden in dem Schriftsatz des Senators Wiesner folgende Anfragen (die zugleich Forderungen sind) an den polnischen Kultusminister gerichtet: Ist der Minister bereit, 1. die dem geltenden Recht widersprechenden Sprachprüfungen im Verordnungswege aufzuheben, 2. den gesetzlichen Zustand wiederherzustellen und den deutschen Eltern wieder das alleinige Bestimmungsrecht über ihre Kinder zu garantieren, und 3. die bereits getroffenen, gegen den Willen der Eltern gerichteten Entscheidungen rückgängig und damit den Kindern den Besuch der deutschen Schule wieder möglich zu machen? — Mehrere hundert deutsche Kinder stehen im Schulstreik. Die Eltern mehrerer hundert deutscher Kinder sind entschlossen, um ihr Recht und das Volkstum ihrer Kinder zu kämpfen. Der polnische Kultusminister hat jetzt das Wort.

1100 Deutsche wurden entlassen

Die Wirtschaft Osterschlesiens stand im Jahre 1937 im Zeichen einer langsam aufsteigenden Konjunktur. Der Beschäftigungsstand in der Schwerindustrie besserte sich. Dementsprechend konnten im vergangenen Jahre über 25 000 Arbeitskräfte neu eingestellt werden. Von dieser Tatsache muß man ausgehen, wenn man die Lage der deutschen Arbeiter- und Angestelltenchaft dieses Gebietes betrachtet. Die Besserung der Arbeitsmarktlage kam dem sich zum deutschen Volkstum bekennenden Teil der Arbeitnehmerchaft nicht zugute. Im Gegenteil: Während, wie gesagt, viele Tausende polnischer Arbeiter neu eingestellt werden konnten, wurden weit über 1 000 Deutsche aus Brot und Arbeit verdrängt. In allen Fällen war die deutsche Volkszugehörigkeit der eigentliche Grund zur Entlassung, wenn auch in den Kündigungsschreiben immer wieder „Reorganisation“, „Arbeitsmangel“, „mangelnde Berufseignung“ und dergleichen als Begründung angeführt wurden. Die im Folgenden noch einmal aufgeführten Fälle sind nur einige Beispiele aus der Praxis der von den polnischen Betriebsverwaltungen durchgeführten und von den polnischen Behörden in keiner Weise behinderten deutschfeindlichen Personalpolitik.

Am 12. Januar wurden 12 deutsche Arbeiter der Friedenshütte entlassen; der polnische Direktor Borkowski erklärte bei dieser Gelegenheit, daß die Entlassung auf Anordnung höherer Stellen erfolge. Am 26. Januar wurden 13 deutsche Arbeiter der Schlesiengrube entlassen. Am 27. Februar kündigte die Pleßsche Kettverwaltung sämtlichen deutschen Beamten. Am 10. März erhielten wiederum 20 deutsche Arbeiter der Friedenshütte das Kündigungsschreiben. Am 1. April wurde 6 deutschen

Beamten der S. A. G. gekündigt. Am 15. Juli setzte die Friedenshütte mit der Entlassung weiterer 24 deutscher Arbeitskräfte ihre deutschfeindliche Personalpolitik fort, wobei der Vertreter der Hütte in einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß erklärte, daß „die deutschen Arbeiter deswegen zur Arbeit nicht geeignet seien, weil man zu ihnen kein Vertrauen haben könne“. Am 20. August schickte die Bismarckhütte 24 deutschen Arbeitern das Kündigungs schreiben. Am 1. September wurden 7 Deutsche, die beim Bau der Lubliner Wasserleitung beschäftigt waren, freistlos entlassen; auf dem Arbeitsamt wurde ihnen mitgeteilt, daß ihre Entlassung „von höherer Stelle verfügt“ worden sei. Am 1. Oktober wurde von der Kokereivereinigung 8, von der Plessischen Verwaltung 1, von der Friedenshütte und der Interessengemeinschaft je 3 und von der Polnisch-französischen Bank 2, zusammen also 17 deutschen Beamten gekündigt. Am 6. Oktober entließ die Gieschegrube 7 deutsche Arbeiter, und von der Bismarckhütte wurde am gleichen Tage 24 deutschen Arbeitern gekündigt. Am 21. Oktober erhielten wieder 8 deutsche Arbeiter der Gieschegrube die Kündigung. Von demselben Schicksal wurden am 30. Oktober 9 deutsche Arbeiter der Galvahütte betroffen. Am 1. November kündigten die Starboferne und die Andalusiengrube je 1 und die Friedensgrube 4 deutschen Arbeitern. Am 16. November, also bereits nach der Veröffentlichung der Volkgruppen-Erklärung, wurden 10 deutsche Arbeiter der Königshütte und am 25. November 24 deutsche Arbeiter der Bismarckhütte entlassen. Am 1. Dezember wurde wieder von der Friedenshütte 14 deutschen Arbeitern gekündigt. Die Königshütte, die Galvahütte, die Gieschegrube und das Hohenlohe-Zinkwalzwerk schlossen sich mit der Kündigung bzw. Entlassung von etwa 50 deutschen Arbeitern an. Am 31. Dezember gaben die Friedenshütte, die Hohenloherwerke, The Henkel-Donnersmark Ltd., die Gieschegrube, die Rudaer Steinblengewerkschaft, die S. A. G. und die Kohlenhandelsgesellschaft „Progres“ mit der Kündigung von 16 deutschen Angestellten der deutschfeindlichen Personalpolitik den entsprechenden Jahresabschluss.

Die „Kattowitzer Zeitung“ hat diese, vorstehend in gekürzter Form wiedergegebene Aufstellung mit folgendem Zusatz versehen: „Es dürfte kaum jemand einfallen, alle diese Entlassungen mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu begründen. In der ostoberschlesischen Schwerindustrie ist die Zahl der Beschäftigten nach den amtlichen Ziffern von Beginn des Jahres bis zur Gegenwart um 25 142 Mann gestiegen. Von den Mitgliedern der Gewerkschaft deutscher Arbeiter sind in demselben Zeitraum 525 Mann arbeitslos geworden; und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß im Jahre 1937 1 000 deutsche Arbeiter wegen ihres Bekenntnisses zu ihrem Volkstum entlassen worden sind. Die deutschen Angestellten haben einen ähnlichen schweren Stand gehabt. Nach den Angaben des Verbandes deutscher Angestellter sind im Jahre 1937 102 deutsche Angestellte entlassen worden. Trotz der Volkgruppen-Erklärung ist die Lage der deutschen Arbeitnehmerschaft in Ostoberschlesien nicht erträglicher geworden. Es fällt daher schwer für das kommende Jahre 1938 die Hoffnung auf Besserung auszusprechen. Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß der Lebenskampf der deutschen Volksgruppe in Polen immer härter wird.“

Optimismus in bezug auf die Behandlung der deutschen Volksgruppe in Polen wäre auch dann nicht am Platze, wenn etwa wieder einmal irgendein mehr oder weniger prominenter Vertreter des polnischen Staates für die Zukunft eine bessere Behandlung zusagen würde. Derartige Zusagen von hoher und höchster Stelle hat es im vergangenen Jahre mehrfach gegeben. Da ist zunächst der am nächsten interessierte Gewalthaber, der Wojewode Grazyński. Dieser hat zu Beginn des Jahres 1937 Dr. Ullig als dem Leiter des Deutschen Volksbundes versprochen, die Wiedereinstellung entlassener deutscher Arbeiter zu unterstützen. Im April hat der Hauptarbeitsinspektor Klotz den Vertretern der deutschen Gewerkschaften versichert, daß die polnische Regierung durchaus auf dem Grundsatz verharre, daß alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität ein Recht auf Arbeit hätten, da eine unterschiedliche Behandlung zur Verfassung in Widerspruch stände. Im Juni hat der Ministerpräsident Skladkowski, als ihm Senator Wieszner eine Denkschrift über die Arbeitslosigkeit unter der deutschen Bevölkerung überreichte, erklärt, daß bei der Bekämpfung der Arbeits-

losigkeit auch die Bedürfnisse des deutschen Bevölkerungsteiles berücksichtigt würden. Und im November hat sich die polnische Regierung in der Volkgruppen-Erklärung zu dem Grundsatz bekannt, daß die deutschen Volksangehörigen wegen ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe in der Wahl oder bei der Ausübung eines Berufes oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit nicht behindert oder beeinträchtigt werden dürfen. In Versprechungen höher polnischer Amtspersonen ist im vergangenen Jahre also kein Mangel gewesen. Man muß jedoch leider feststellen, daß sich diese Versprechungen hinsichtlich ihres Wertes von der ehrenwörtlichen Versicherung des Direktors Abfalou von der Königshütte, derzufolge kein deutscher Arbeiter der Hütte mehr ohne vorherige Anhörung der Gewerkschaft deutscher Arbeiter entlassen werden sollte, nicht unterscheiden.

Ueberblick über Litauens Außenpolitik

Vor den am 5. Januar in Rauen versammelten Vertretern des Lautininkai-Verbandes gab der litauische Außenminister Vozoraitis in einer längeren Rede einen Ueberblick über die außenpolitischen Beziehungen Litauens. Nach einem Bekenntnis zu dem bankrotten System der „kollektiven Sicherheit“ stellte Vozoraitis fest, daß die geographische Lage Litauens an der Ostsee, die der Redner, in einem modischen Irrtum befangen, als „seit der ältesten Vergangenheit“ bestehend bezeichnet, „eines der wichtigsten Elemente nicht nur der litauischen Außenpolitik, sondern auch der Innenpolitik“ sei. Mit Lettland und Estland sei Litauen durch diese gemeinsame Lage an der Ostsee verbunden. Vozoraitis behauptete, die Baltische Entente sei im vergangenen Jahre weiter gewachsen und ausgestaltet worden. Es habe zwar, wie das zwischen Nachbarstaaten so üblich sei, auch zwischen den Nachbarstaaten Meinungsverschiedenheiten gegeben; „der Geist der Solidarität und der loyalen Freundschaft“, der die Beziehungen der drei Staaten zu einander auszeichne, aber verbiete es, die Bedeutung solcher Meinungsverschiedenheiten zu überschätzen. Litauen habe sich an dieser Entente in der Ueberzeugung beteiligt, daß diese geeignet sei, „die Verteidigung der gemeinsamen Interessen und die Durchführung der selbständigen Politik der drei Staaten als eines Elementes der Ruhe und der Beständigkeit zu vergrößern“. Diese Einstellung habe sich bisher nicht geändert. Hinsichtlich der Beziehungen Litauens zur Sowjetunion stellte Vozoraitis folgendes fest: Diese Beziehungen seien nach wie vor „auf der von altersher bewährten Freundschaft gegründet“. Litauen habe seinerzeit die Ausdehnung der Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den anderen Staaten auf dem Gebiete des Völkerbundes begrüßt. Die kürzlich beendeten Wirtschaftsverhandlungen in Moskau hätten die günstige Entwicklung der litauisch-sowjetischen Zusammenarbeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet bewiesen.

Bei seinen Ausführungen über das litauische Verhältnis zu Polen verzichtete Vozoraitis darauf, sich zum Wilna-Konflikt grundsätzlich zu äußern. Er sprach lediglich über die in letzter Zeit wieder einmal aktuellen volkspolitischen Fragen: Die Aktion der polnischen Regierung gegen die Litauer im Wilna-Gebiet sei im letzten Jahre verstärkt und rücksichtslos „mit einer bisher noch nicht gesehenen Schärfe“ durchgeführt worden; sie habe die wichtigsten Zentren des kulturellen Lebens der Litauer dieses Gebietes getroffen. Es sei selbstverständlich, daß die Vorgänge im Wilna-Gebiet in der litauischen Öffentlichkeit einen schmerzlichen Widerhall fanden. Die polnische Regierung habe die Absicht, auf diese Weise die litauische Regierung zur Nachgiebigkeit in der Wilnafrage zu zwingen. In der Öffentlichkeit aber bemühe sie sich, den Eindruck zu erwecken, „als ob diese ihre antilitauische Tätigkeit eine Antwort auf die angebliche Bedrückung der polnischen Minderheit in Litauen darstelle“. Daß den Polen in Litauen irgend etwas zu leide getan wird, wurde von Vozoraitis natürlich bestritten. Die Polen in Litauen würden „als Bürger des litauischen Staates, nicht aber als Geiseln behandelt“. Etwas deutlicher als Vozoraitis wurde der Staatspräsident Smetona in der Rede, die er vor demselben Gremium hielt. „In den letzten Jahren“, so führte er u. a. aus, „haben auch die in Polen lebenden Litauer viele Schläge erlitten. Wozu wird das getan? Das ist eine böswillige Rache gegenüber den Litauern dafür, daß Litauen nicht dem Wilna-

Vor 13 Jahren, drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Versailler Diktates, am 10. Januar 1923, fielen als Freischärler getarnte litauische Truppen in das Memelgebiet ein. Am 16. Januar wurde die Stadt Memel von ihnen besetzt. Es handelte sich bei diesen angeblichen Freischärlern, vor denen die französischen Besatzungstruppen ruhmlos das Feld räumten, um Teile der litauischen Infanterieregimenter 2, 3 und 8 sowie um je eine Schwadron der Kavallerieregimenter 1 und 2. Mit diesem Ueberfall, der in dem Augenblick erfolgte, in dem die Franzosen ins Ruhegebiet einfielen, kamen die Litauer nicht nur den polenfreundlichen Absichten, die Frankreich in Memel verfolgte, zuvor, sondern sie machten auch die Pläne der späteren Rückkehr zum deutschen Mutterlande in der Hoffnung, auf diese Weise dem Gedanken an einen Freistaat Memel anhing. Mit dem 10. Januar 1923 begann, nach jahrelanger Ungewissheit über das endgültige Schicksal, mit der Aufrichtung der litauischen Fremdherrschaft die eigentliche Leidensgeschichte des Memelgebietes. Es begann die Fremdherrschaft, von der der heutige Staatspräsident Litauens einmal sagte, sie haufe im Memelgebiet „in satrapischer Weise“.

gebiet, das ihm mit Gewalt entziffen wurde, entsagt. Polen irrt sich sehr. Durch ungerechte Maßnahmen gegen unsere litauischen Volksgenossen wird es Litauen nicht zwingen, einen ungerechten Vertrag zu unterschreiben und die Beziehungen zu Polen anzunehmen. Dieser Weg ist nicht nur falsch, sondern auch für Polen selbst schädlich: dadurch kann man nicht zu guten nachbarlichen Beziehungen kommen, sondern dadurch wird der Abgrund zwischen den beiden Völkern, die einige Jahrhunderte geduldsam gelebt haben, nur noch vertieft.“

Auf die Beziehungen Litauens zum Deutschen Reich eingehend, bemerkte Lorzaitis, diese Beziehungen hätten sich „im vergangenen Jahre weiter gebessert“. Das zwischen dem Deutschen Reich und Litauen abgeschlossene Abkommen über die Haltung der Presse und des Rundfunks habe „sich in zahlreichen Fällen für den Schutz der Atmosphäre als nützlich erwiesen“. Lorzaitis sprach sich für eine dauernde Beibehaltung dieses Abkommens aus, — wobei für ihn die Beobachtung maßgebend gewesen sein mag, daß das Abkommen von deutscher Seite mit einer Sorgfalt realisiert worden ist, die einem an osteuropäische Vorstellungen von Vertragstreue gewöhnten Politiker nicht ohne weiteres begrifflich erscheint. Bei dem Besuch, den er, Lorzaitis, im März vergangenen Jahres dem Reichsaußenminister von Neurath abgestattet habe, sei, wie Lorzaitis meinte, von beiden Seiten eine Besserung der Beziehungen festgestellt worden, und, so fuhr er fort, wenn die Handlungen mit den genannten Absichten in Uebereinstimmung gebracht würden, könne es nicht schwierig sein, die „von Litauen immer gewünschten gutnachbarlichen Beziehungen mit Deutschland“ aufrechtzuerhalten. Bezüglich des vom Memellandtag abgelehnten Enteignungsgesetzes vom September v. J. beschränkte sich der litauische Außenminister auf die Behauptung, daß dieses Gesetz mit dem Memelstatut in Uebereinstimmung stehe. Diese Behauptung, deren Wahrheitswidrigkeit von deutscher Seite mit aller Klarheit festgestellt worden ist, glaubte Lorzaitis mit dem Hinweis darauf unterstützen zu können, daß sich die Beziehungen Litauens zu den Signatarmächten der Memelkonvention „in einer Atmosphäre der Freundschaft und des Vertrauens“ entwickelt hätten und daß es zwischen Litauen und diesen Staaten „keinerlei Streitfragen“ gebe.

Nachdem Lorzaitis dann — offenbar mangels realerer Argumente — „die großen Sympathien“ gewürdigt hatte, die „schon das alte Litauen zu Italien als dem Sachwalter und Träger der lateinischen und christlichen Tradition“ empfunden habe, stellte er fest, daß England mit 35 v. H. des litauischen Gesamtaußenhandels sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr der wichtigste Handelspartner Litauens sei und daß in der Erhaltung und Erweiterung dieses Zustandes die litauische Außenhandelspolitik ihre wichtigste Aufgabe sehe. Was Frankreich anlangt, so hätten die kulturellen Beziehungen Litauens mit diesem „um die Zivilisation und den Frieden verdienten Lande“ bedeutungsvolle Fortschritte gemacht. Die Einführung der französischen Sprache als der ersten Pflichtsprache in den höheren Schulen sichere die Beständigkeit der Zusammenarbeit mit der französischen Kultur. Sein Besuch in Paris

habe noch einmal „den herzlichen Charakter der gegenseitigen Beziehungen und das ständig wachsende Verständnis Frankreichs für die Interessen Litauens bestätigt“.

Nach den recht oberflächlichen Darlegungen Ljovocaitis' ergibt sich also folgendes Bild der außenpolitischen Beziehungen Litauens: Die Schrumpfung des Völkerbundes wird von der litauischen Außenpolitik mit Bedauern vermerkt. Der Rigaer Pakt von 1934, der sich wiederholt als ein geeignetes Mittel, die beiden anderen Randstaaten an den Sonderproblemen der litauischen Außenpolitik teilnehmen zu lassen, betwährt hat, wird grundsätzlich bejaht. Als stärkster Aktivposten der litauischen Außenpolitik wird in Rauen nach wie vor die Zusammenarbeit mit Moskau empfunden. Mit England ist die litauische Außenpolitik mehr oder weniger freiwillig durch starke wirtschaftliche Bande verknüpft. Die litauische Neigung zu Frankreich, die sich u. a. in einer starken Empfänglichkeit für die französische Kulturpropaganda bekundet, beruht in der Hauptsache darauf, daß dieser Staat immer noch an dem System der „kollektiven Sicherheit“ festzuhalten bemüht ist. Die beiden einzigen Staaten, mit denen Litauen keine Beziehungen unterhält, die in der Feiertagsprache der Diplomaten als „sekundschastlich“ bezeichnet zu werden pflegen, sind Deutschland und Polen. Für eine Beilegung des Wilna-Konfliktes haben sich bisher noch keine positiven Anhaltspunkte ergeben; der Streit hat in den letzten Monaten durch die auf beiden Seiten erhöhte völkergruppenfeindliche Tätigkeit der Behörden eine neuerliche Verschärfung erfahren, — was bei der geringen Stabilität der allgemeinen politischen Verhältnisse am Rande Europas natürlich die Möglichkeit einer überraschenden Wendung nicht unbedingt ausschließt. Was die Memelfrage anlangt, so glaubt man in Rauen vor einem Eingreifen der Signatarmächte sicher zu sein. Die ständige Beunruhigung der Beziehungen zum Deutschen Reich, die sich aus der statutenwidrigen Politik Litauens im Memelgebiet ergibt, meint man in Rauen offensichtlich dadurch überwinden zu können, daß man die antideutsche Tendenz dieser Politik entweder frech zu leugnen oder sich den verständlichen Rückwirkungen einer solchen Politik auf die reichsdeutsche Öffentlichkeit gegenüber dumm zu stellen versucht.

Danzig im Jahre 1937

Zu Beginn des Jahres 1937 traten die Auseinandersetzungen der Freien Stadt Danzig mit dem Völkerbund, die mehrfach zu tiefen Spannungen zwischen der Danziger Regierung und dem damaligen Völkerbunds-Kommissar Sean Lester und zu scharfen Zusammenstößen in Genf geführt hatten, in ihr entscheidendes Stadium ein. Im Januar 1937 sah sich der Völkerbundsrat zur Abberufung Sean Lesters gezwungen, der sich durch seine fortgesetzten Versuche, unter mißbräuchlicher Berufung auf die vom Völkerbund „garantierte“ Verfassung der Freien Stadt die Regierungsgewalt des Danziger Senates zu beschränken, in eine unhaltbare Lage hineingesteuert hatte. Zu seinem Nachfolger wurde Prof. Burckhardt ernannt und mit der Weisung versehen, die Ordnung der innerpolitischen Angelegenheiten der Freien Stadt der ausschließlichen Zuständigkeit der nationalsozialistischen Regierung zu überlassen. Damit war der Versuch, die Genfer Institution zu einer Aufsichtsinstanz über die Danziger Innenpolitik zu machen, endgültig gescheitert; und die Funktionäre der Danziger Oppositionsparteien und die politischen Kreise des Auslandes, die gehofft hatten, von Genf aus dem Nationalsozialismus in Danzig Schwierigkeiten bereiten zu können, mußten ihre Sache als verloren betrachten. Danziger Fragen standen im weiteren Verlauf des Jahres 1937 in Genf nicht mehr zur Sprache. In seinem Bericht an den Völkerbund stellte der neue Kommissar mit Anerkennung die geordnete und ruhige Entwicklung der Danziger Verhältnisse fest. Die Genfer Institution hörte praktisch auf, im politischen Leben der Freien Stadt eine Rolle zu spielen, nachdem sie sich auch als ungeeignet erwiesen hatte, die früheren unausgesehenen Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen zu schlichten und diese beiden Staaten daher bereits im Jahre 1933 übereingekommen waren, ihre Meinungsverschiedenheiten durch unmittelbare Verhandlungen aus dem Wege zu räumen.

Im Frühjahr 1937 kündigte Gauleiter Forster an, daß bis zum Schluß des Jahres sämtliche Oppositionsparteien in Danzig verschwunden sein würden. Die Kommunistische Partei war bereits seit langem verboten. Nachdem dann im Oktober 1936 auch die Sozialdemokratische Partei mit ihren Nebenorganisationen aufgelöst worden war, erfolgte Mitte Mai 1937 die Selbstausslösung der bereits seit geraumer Zeit an fortwährender innerer Zersetzung leidenden Deutschnationalen Partei. Im Oktober 1937 schließlich auch das Zentrum aus der peinlichen Situation, in die es durch seine zweideutige Politik geraten war, die einzig mögliche Folgerung und löste sich auf. Das Bemerkenswerte dabei war, daß die ohne Ueberstürzung, aber mit unerbittlicher Konsequenz verfolgte Beseitigung der alten oppositionellen Parteien in einer Weise erfolgte, die keine Verbitterung hinterließ, sondern den bisherigen Gegnern, soweit sie sich nicht in staats- und volksfeindlichem Sinne betätigt hatten, die Möglichkeit gab, sich der nationalsozialistischen Bewegung zur Verfügung zu stellen. Die mit der Auflösung des Zentrums abgeschlossene innerpolitische Säuberungsaktion wurde durch das Gesetz vom 8. November 1937 gekrönt, das die Neugründung politischer Parteien in Danzig verbot. Damit hatte die politische Dynamik, die auch in der Freien Stadt Danzig zur äußerlich sichtbaren Verwickelung der Volksgemeinschaft drängte, über den lebensfremden Formalismus gesiegt, den die Senf- Institution zu verschaffen versuchte. Die NSDAP wurde zur alleinigen Repräsentantin des politischen Willens der Bevölkerung Danzigs.

Günstig konnte sich im Jahre 1937 die Danziger Wirtschaft entfalten, zum mindesten in den Zweigen, in denen die eigene Wirtschaftsplanung und Politik maßgebend waren und kein durch die zwiespältige Rechtsstellung der Freien Stadt ermöglichter fremder Einfluß sich hindernd bemerkbar zu machen vermochte. Die Zahl der Arbeitslosen, die vor vier Jahren mehr als 30 000 betragen hatte, sank im September 1937 auf 2 910 und blieb auch im Dezember mit 9 990 erheblich hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres zurück. Eine besonders günstige Entwicklung hatte im vergangenen Jahre die Danziger Wertindustrie zu verzeichnen. Gut beschäftigt waren auch das Baugewerbe sowie die metallverarbeitende und die elektrotechnische Industrie. Wie im Reich, so machte sich bereits auch in Danzig in verschiedenen Zweigen der Industrie sowohl wie des Handwerks ein Mangel an Facharbeitern bemerkbar. In der Landwirtschaft war die Lage nicht so erfreulich; infolge sehr beträchtlicher Auswinterungsschäden mußte im Frühjahr 1937 über ein Viertel der gesamten Ackerfläche zusätzlich umgepflügt und neu bestellt werden. Der Einzelhandel hatte noch unter der sich aus der Guldenabwertung ergebenden Verminderung der allgemeinen Kaufkraft zu leiden. Für den Großhandel ergaben sich weitere Schwierigkeiten aus dem Uebergang Polens zur Devisenbewirtschaftung und zum Verrechnungs- und Clearingverkehr, aus der Steigerung der Weltmarktpreise, aus den die Bedürfnisse der Danziger Wirtschaft nur in unzureichendem Maße berücksichtigenden Methoden der polnischen Kontingentpolitik und natürlich auch aus der Konkurrenz des Ödinger Hafens.

Zwar konnte der Danziger Hafen im Jahre 1937 eine erhebliche mengenmäßige Zunahme sowohl der Einfuhr wie der Ausfuhr verzeichnen. Doch ging die Steigerung der Gesamteinfuhrziffer des Danziger Hafens auf die vermehrte Einfuhr geringwertiger Massengüter (besonders Schwefelkies und Erze) zurück, während die Einfuhr hochwertiger Güter über Danzig weiter zugunsten Ödingers abnahm. Ödingen konnte seine bevorzugte Stellung in der Einfuhr bestimmter Waren gegenüber Danzig im vergangenen Jahre nicht nur behaupten, sondern hinsichtlich mehrerer Warengattungen sogar noch verstärken. Die Danziger Schrotteinfuhr spielte gegenüber derjenigen Ödingers nur eine ganz untergeordnete Rolle. Die Danziger Herings-einfuhr blieb hinter derjenigen Ödingers zurück. Die Kaffee-Einfuhr über Ödingen war mehr als doppelt, die Kakao- und Tee-Einfuhr mehr als dreimal so groß wie über Danzig. An der Einfuhr von Reis und Früchten war Danzig überhaupt nicht oder nur in geringfügigem Maße beteiligt. Auch in der Einfuhr von Textilstoffen konnte Ödingen seine Monopolstellung gegenüber Danzig behaupten. Nach den Berechnungen der „Gazeta Handlowa“ nahm der mengenmäßige Anteil Danzigs an der seewärtigen Gesamteinfuhr Polens im vergangenen Jahre zwar zu, der wertmäßige Anteil aber ging weiter zurück; der Wert der eingeführten Tonne betrug für die Zeit vom 1. Januar

bis zum 30. September 1937 in Gdingen 516,22 Floty, in Danzig dagegen nur 142,40 Floty. Wie in der Einfuhr so ließ sich auch in der Ausfuhr im vergangenen Jahre eine weitere wertmäßige Verschiebung zugunsten des Danziger Hafens feststellen. Auch hier machte sich das Bestreben, die hochwertigen Güter nach Möglichkeit über den Gdingener Hafen zu leiten, in verstärktem Maße bemerkbar. Gdingen konnte, den Berechnungen der „Gazeta Handlowa“ zufolge, seinen wertmäßigen Anteil an der Gesamtzufuhr Polens gegenüber dem Vorjahre von 36,3 v. H. auf 40,5 v. H. erhöhen; dagegen ging der Danziger Anteil von 29,4 v. H. auf 26,8 v. H. zurück.

Der polnische Druck auf Danzig machte sich nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete bemerkbar. Es fehlte auch im vergangenen Jahre nicht an Angriffen der polnischen Propaganda auf den deutschen Charakter und die staatliche Selbständigkeit der Freien Stadt Danzig. Es bestand ein offensichtlicher Gegensatz zwischen den offiziellen Bekundungen der polnischen Regierung zur Danziger Frage und der Tatsache, daß deutschfeindliche Organisationen und Zeitungen die polnische Öffentlichkeit ungestört im Sinne einer völkischen Polonisierung und politischen Unterordnung Danzigs unter die Befehlsgewalt Polens aufputschen und offenkundig der Wahrheit widersprechende Legenden über die geschichtliche Rolle und die gegenwärtige rechtliche Stellung Danzigs sowie über die Lage des polnischen Volkspolitikers im Gebiet der Freien Stadt verbreiten durften. Daß vor einiger Zeit (zum ersten Mal!) eine danzigfeindliche Kundgebung, die in Warschau stattfinden sollte, verboten wurde, war eine zwar erfreuliche, aber doch belanglose Geste, durch die an der Tatsache, daß die polnische Öffentlichkeit unter dem beherrschenden und von Regierungsseite niemals ernstlich bekämpften Einfluß einer gegen das deutsche Danzig gerichteten Propaganda steht, praktisch nichts geändert wurde. Auch deutete der Kommentar, mit dem die Polnische Telegraphenagentur die Formel des Kommuniqués vom 6. November 1937 versah, „daß die deutsch-polnischen Beziehungen durch die Danziger Frage nicht gestört werden sollen“, darauf hin, daß sich die offiziellen polnischen Ansichten über Danzig von den Thesen, die von der inoffiziellen polnischen Propaganda vertreten werden, nicht allzu sehr unterscheiden.

Offland-Chronik

Nationale Teilung der Evang. Kirche gefordert

Am 14. und 16. Dezember tagte in Warschau die Rumpfsynode der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses unter dem Vorsitz des Renegaten D. Bursche. An der Tagung nahmen nur die polnischen Synodalen teil. Die sechs deutschen Synodalen lehnten ihre Mitwirkung ab. Sie richteten statt dessen an den Vorsitzenden des Konfistoriums (nicht an die Synode, die nach der deutschen, im Geseß begründeten Auffassung nicht beschlußfähig ist) ein Schreiben, in dem sie noch einmal ihre Solidarität mit dem gesamten deutschen Teil der Kirche betonten, „der eine Einheit ist und nur als Einheit handeln wird.“ Zum ersten Male wurde in diesem Schreiben von deutscher Seite der Gedanke einer nationalen Teilung der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses zur Sprache gebracht; der entsprechende Passus des

Schreibens lautet wie folgt: „Aus der Verantwortung für die Zukunft des Evangeliums in unserem Lande heraus möchten wir angesichts der tiefgreifenden Gegensätze in unserer Kirche den polnischen Brüdern anheimstellen, ernstlich zu erwägen, ob die friedliche Aufteilung unserer Kirche in einen deutschen und einen polnischen Teil nicht der gegebene Ausweg wäre, um dem unendlichen Zwist und Streit ein Ende zu bereiten, ein Ausweg, der in ähnlichen Verhältnissen in anderen Ländern längst mit Erfolg beschritten worden ist“. Mit einem solchen Vorschlag von deutscher Seite war schon lange zu rechnen. Er war, wenn man nicht eine völlige Trennung der evangelischen Deutschen von der zu einem politischen Gewaltinstrument erniedrigten Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses vollziehen wollte, der einzig mögliche Vorschlag für eine friedliche Beilegung des von polnischer Seite vom Jann gebrochenen Kirchenkrieges. Die Gehässigkeiten, mit denen D. Bursche und Genossen auf der Sitzung der Rumpfsynode die evangelischen

Deutschen und deren Wortführer bedachten, sowie die ausdrückliche Weigerung, den Deutschen im Rahmen der Kirche die Gleichberechtigung zu gewähren, konnten nur den Eindruck verstärken, daß die nationale Trennung eine unausweichliche Notwendigkeit ist.

Internationale Kritik an der Kirchenpolitik Polens

Der Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen hat sich im Dezember auf einer Tagung seines Vollzugsausschusses mit der Lage der Unierten Evangelischen Kirche in Ostoberschlesien befaßt. Nach eingehender Prüfung der durch das verfassungswidrige Gesetz vom 16. Juli 1937 geschaffenen Verhältnisse hat der Vollzugsausschuß des Weltbundes folgende Entschliesung gefaßt: „Der Vollzugsausschuß des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen, überzeugt, daß nur völlige Freiheit der Kirchen, besonders der Minoritätenkirchen, in der Regelung ihrer inneren Angelegenheiten die notwendigen Möglichkeiten für ihre gottesdienstlich-religiöses Leben sichern kann, steht unter dem Eindruck der Tatsache, daß der Unierten Evangelischen Kirche in Oberschlesien ihre Rechte genommen worden sind, ihr eigenes Leben und ihre Verfassung zu bestimmen. Das Komitee richtet an die leitenden Persönlichkeiten der protestantischen Kirchen in Polen die feierliche Bitte, einmütig die volle Unabhängigkeit und die verfassungsmäßigen Rechte der Kirchen ihres Landes zu verteidigen.“ Mit dieser Entschliesung ist der Kampf der protestantischen Deutschen Ostoberschlesiens um die Freiheit ihres völkisch-religiösen Bekenntnisses international als berechtigt und durch die Tatsachen begründet anerkannt worden.

Die letzten deutschen Kassenärzte entlassen

Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Königshütte wurden die beiden letzten deutschen Kassenärzte, Dr. Riedel und Dr. Hadamit, entlassen. Die beiden Ärzte, denen am 15. Oktober v. J. gekündigt worden war, mußten ihre Kassenpraxis mit dem 31. Dezember einstellen. Dr. Riedel war 41 und Dr. Hadamit 10 Jahre lang für die Königshütter Ortskrankenkasse tätig. Die Entlassung konnte nicht mit Arbeitsmangel begründet werden, denn der Mit-

gliederbestand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Königshütte erhöhte sich im Laufe des vergangenen Jahres von 8 000 auf 13 500, so daß es sich als notwendig erwies, einige neue Ärzte zur Kassenpraxis zuzulassen. Die deutschen Mitglieder der Kasse haben nunmehr keinen Arzt mehr, der sich zu ihrem Volkstum bekennt. Was das bedeutet, kann jeder ermessen, der die merkwürdige Einstellung mancher polnischer Kassenärzte kennt, die sich von ihren nationalen Vorurteilen und Parteilichkeiten selbst ihren Patienten gegenüber nicht frei zu machen vermögen. Die Entlassung der deutschen Ärzte ist ein Verstoß gegen die Volksgruppen-Erklärung vom 6. November v. J.

Deutsche Feier verboten

Am 6. Januar sollte in Königshütte eine Feier der dortigen evangelischen Gemeinde stattfinden. Die Feier wurde wegen eines Formfehlers, der in dem betreffenden Antrag unterlaufen war, von der Polizeidirektion Königshütte verboten. Nach der „Polka Zachodnia“ erfolgte das Verbot, weil die amtlichen Stellen befürchteten, daß sich die Versammelten mit den skandalösen Maßnahmen des Wojewoden gegen die deutschen Gemeinden der Unierten Evangelischen Kirche beschäftigen würden. In Wirklichkeit sollte die Feier aus einem Lichtbildervortrag und einem Krippenspiel bestehen.

Prügelzenen in der Neujahrsnacht

Auf dem Rybniker Ring kam es in der Neujahrsnacht zu sehr unersreulichen Szenen. Dort hatte sich nach alter Sitte eine große Menschenmenge versammelt. Als die Rathausuhr den Jahreswechsel verkündete, mischte sich eine Bande von Aufständischen ein und begann auf alle, die sich in deutscher Sprache zum neuen Jahre Glück wünschten, einzuschlagen. Es kam so weit, daß auf dem Platz kein deutsches Wort mehr gesprochen werden konnte, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, von den Aufständischen mißhandelt zu werden.

Überall: Verdrängung der Deutschen

Der deutsche Pastor Lange in Pultusk wurde von dem Renegaten D. Bursche seines Amtes enthoben. — Auf Anordnung des Lodzer Wojewodschaftsamtes wurde der deutschen St. Michaelis-Gemeinde in Lodz ihr in Kadogoszcz und Zabieniec gelegener

Landbesitz zugunsten der politischen Gemeinden enteignet. — Nachdem seit Veröffentlichung der Volksgruppen-Erklärung von der Königshütte, der Bismarckhütte, der Friedenshütte, der Falbhütte und anderen Unternehmungen der ostoberschlesischen Schwerindustrie wiederholt größere Gruppen deutscher Arbeiter auf die Straße gesetzt worden waren, wurde Mitte Dezember auch von den Hohenloherwerken drei deutschen Arbeitern wegen „Betriebsbeschränkung“ gekündigt; die Arbeiter mußten ihren Betrieb am 1. Weihnachtstfesttag verlassen. — Der Deutsche Elternverein in Siemianowitz hatte für den 18. Dezember die Veranstaltung einer Weihnachtsfeier für die Kinder der deutschen Minderheitsschule geplant. Die Feier wurde von der Schulabteilung der Wojewodschaft unter dem Vorwand verboten, daß der Elternverein für eine solche Feier nicht zuständig sei! — Die seit 17 Jahren bestehende Musterturnschule des Alten Turnvereins Kattowitz wurde behördlich geschlossen. Dem Leiter der Musterturnschule, Wanderturnlehrer Dulaski, wurde die Abhaltung von Übungsstunden vorerst verboten. Gegen Dulaski wurde von der Behörde wider besseres Wissen der Vorwurf erhoben, ohne Konzession eine Schule unterhalten zu haben. — Nach der Ausweisung des deutschen Pastors Leder, lag die Betreuung der evangelischen Kirchengemeinde Nikolai in den Händen des Pfarrvikars Herbert Ruf. Dieser wurde am 19. Dezember gleichfalls seines Amtes enthoben; an seine Stelle wurde der Pole Broda zum kommissarischen Betreuer der Pfarstelle Nikolai ernannt (nicht etwa gewählt!). — Wie in früheren Jahren, so wurden auch dieses Mal wieder die entlassenen Arbeiter und Angestellten der Bismarckhütte von ihren in der Hütte beschäftigten Arbeitskameraden zu einer Weihnachtsfeier geladen und durch kleine Geschenke erfreut. Nur die entlassenen deutschen Arbeiter und Angestellten der Hütte hatte man einzuladen vergessen. Weder der Sejmratsschall Orzesz, noch der Bürgermeister Orziela noch die anwesenden Direktoren und Geistlichen nahmen Anstoß daran.

„Partei der nationalen Monarchisten“

Zu den zahlreichen Parteien, die im Jahre 1937 gegründet worden sind, ist kurz vor Jahreschluß noch eine neue hinzu ge-

kommen, die nicht wegen ihrer politischen Bedeutung, sondern wegen ihres originellen Programmes erwähnt werden soll. Sie nennt sich die „Partei der nationalen Monarchisten“ und hat in einem an die Presse versandten Informationschreiben zum Ausdruck gebracht, daß ihre Mitglieder die nichtmonarchistischen Nationalisten als ihre „jüngeren Brüder“ betrachten, denen noch nicht die Erkenntnis gekommen ist, daß „der Monarchismus die letzte Konsequenz des Nationalismus“ ist. Es handelt sich bei der „Partei der nationalen Monarchisten“ nicht um die erste monarchistische Gruppe, die in Polen entstanden ist. Von ihren Vorläuferinnen unterscheidet sich die neue Partei aber in einem wesentlichen Punkt: Sie hat sich bereits für einen Thronkandidaten entschieden. In einer ihrer Verlautbarungen heißt es hierüber: „Am 17. Dezember 1937 hat der Hauptvorstand der Partei der nationalen Monarchisten Seine Königliche Hoheit Prinz Friedrich Christian von Wettin von der Gründung der Partei der nationalen Monarchisten, die um die Wiedereinführung der Monarchie in Polen kämpft, in Kenntnis gesetzt“.

Wohnungsnot in Polen

Ueber die katastrophalen Wohnungsverhältnisse in Polen geben nachfolgende Zahlen, die auf einem Ende Dezember in Warschau veranstalteten Wohnungskongress mitgeteilt wurden, Auskunft. In den Städten Polens wohnen 32 v. H. aller Einwohner in Einzimmerwohnungen und 33 v. H. in Zweizimmerwohnungen; insgesamt sind also 65 v. H. der städtischen Bevölkerung in Kleinwohnungen untergebracht. Die Tatsache, daß in Polen heute noch auf ein Bett 2,4 Personen entfallen, überrascht um so mehr, als vielfach die Ansicht vertreten worden ist, daß die verhältnismäßig lebhafteste Bautätigkeit der letzten Jahre die ärgste Wohnungsnot überwunden habe. Es zeigt sich jetzt aber, daß eine Besserung vorwiegend bei den größeren Wohnungen eingetreten ist, während es allenthalben noch dringend an Kleinwohnungen fehlt. Der Kongress hat weiter festgestellt, daß die Wohnungsverhältnisse der Personen, die über ein Einkommen von weniger als 400 Zloty verfügen, deplorabel sind, daß sie die Arbeitsfähigkeit ernstlich bedrohen. Die Wohnungsnot ist in Ödungen besonders groß, da Ödungen von allen Städten

Polens den größten Bevölkerungszuwachs aufweist, mit dem der Bau von Kleinwohnungen nicht im entferntesten Schritt halten kann. In den Ödgingener Arbeitervierteln, deren Wohnungen zu 80 v. H. Einzimmerwohnungen sind, entfallen auf eine Wohnung durchschnittlich 4,5 bis 5 Personen. In Warschau entfallen auf eine Einzimmerwohnung 4 Personen, auf eine Zweizimmerwohnung 2,6 Personen, auf eine Dreizimmerwohnung aber nur 1,6 Personen.

„Deutsches Erholungswerk in Polen“

Der Deutsche Wohlfahrtsdienst Posen hat ein „Deutsches Erholungswerk in Polen“ ins Leben gerufen. Die Aufgabe dieser Einrichtung ist es, für die schaffenden Deutschen in Polen Urlaubs- und Erholungsreisen zu organisieren. Die erste dieser Reisen wird vom 12. bis 26. Februar von Posen in das Wintersportgebiet der Beskiden durchgeführt werden. Die Teilnehmer erhalten eine um 50 v. H. verbilligte Eisenbahnfahrt und werden zu ermäßigten Preisen in Pensionen untergebracht.

Emetona über die Polen in Litauen

In der Rede, die der litauische Staatspräsident Emetona am 5. Januar vor den in Kauai versammelten Vertretern des Lautininkai-Verbandes gehalten hat, hat er u. a. auch zu der Frage der polnischen Volksgemeinschaft in Litauen Stellung genommen: „Unsere Polen sind keine Herkommenlinge, sie sind derselben Abstammung wie die Litauer, nur haben sie sich die polnische Kultur angeeignet. Sie schwanken, wann sie sich für Polen und wann sie sich für Litauer ausgeben sollen. Dessenfalls bekennen sie einmal, daß sie dem einen Volke angehören, und dann verlangen sie wieder, daß sie dem anderen Volke zugezählt werden. Nur wenn man die Entwicklung unserer nationalen Wiedergeburt kennt, kann man verstehen, woher dieses Hin- und Herschwanke kommt. So hat sich z. B. ein Mitglied des Rates, der den Akt der litauischen Unabhängigkeit unterzeichnete, als Litauer betrachtet, während sein leiblicher Bruder sich als Pole ausgab und zum polnischen Staatspräsidenten gewählt wurde. (Gemeint sind der ehemalige Vorsitzende der Memeler Hafendirektion Narusevicius und sein Bruder, der ermordete polnische Staatspräsident Na-

rutowicz.) Auch heute kommt es recht oft vor, daß Glieder derselben Familie, vor allem in den Kreisen des Adels, sich zum Teil als Polen, zum Teil aber als Litauer bezeichnen. Der Typ des Polen in Litauen ist also unbeständig. Das gibt den Polen Gelegenheit, sich darüber zu beklagen, daß sie litauisiert werden. Das ist nicht der Fall. Denn unsere Polen wissen, daß ihre Väter und Vorfäter Litauer waren. Sie selber erlangen das litauische Volksbewußtsein zurück. Daß es so ist, bezeugen zahlreiche lebendige Beispiele. Wenn der Litauer zum Polen geworden ist, warum soll er dann nicht wieder Litauer werden? Der Typ des alten Polenlitauers, den der verstorbene Marschall Pilsudski darstellte, der sich bekanntlich rühmte, nicht polnischer, sondern litauischer Abstammung zu sein, ist zum Aussterben verurteilt. Heute ist die Zeit gekommen, in der man sich so oder so entscheiden muß. Zweierlei kann man nicht mehr sein.“

Antipolnische Siedlungspolitik in Litauen

Wie von polnischer Seite gemeldet wird, hat der litauische Kriegsminister im Einverständnis mit dem Innenminister beschlossen, eine Kolonisierung des gesamten Grenzgebietes gegen Polen mit litauischen Elementen durchzuführen. Vor allem sollen ehemalige Soldaten, ferner Mitglieder der litauischen Schützenverbände, des Eisernen Wolfs usw. angesiedelt werden. Im Zusammenhang damit, so heißt es in der polnischen Meldung weiter, haben die litauischen Behörden die Absicht, die im Grenzgebiet siedelnden Polen ins innere litauische Staatsgebiet zu verpflanzen.

Film „Grenzland Ostpommern“

Am 9. Januar wurde in Stolp in Pommern von der Stoedter-Film AG. hergestellter Kulturfilm „Grenzland Ostpommern“ uraufgeführt. Der Film (Regie: Dr. Ulrich Kapser) verhandelt über Initiative und Unterstützung der Handelskammer Stolp, vor allem dem Einsatz des Handelskammer Syndikus Dr. Heinemann, seine Entstehung. Der Film gibt einen schönen und interessanten Querschnitt durch dieses bisher dem deutschen Volke wohl noch am wenigsten bekannte deutsche Grenzland im Osten.

Geschichte und Gegenwart, Landschaft, Wirtschaft und Menschen Ostpommerns werden im raschen Wechsel wirkungsvoller Bilder gezeigt. Wenn der Film in nächster Zeit im Beiprogramm durch die Lichtspieltheater des ganzen Reiches gehen wird, wird er seinen Zweck, für das Grenzland Ostpommern zu werben, erfüllen.

Oberst Beck in Berlin

Der polnische Außenminister Oberst Beck stattete am 13. Januar auf der Durchreise nach Genf dem Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, einen Besuch ab, an den sich eine längere Unterhaltung knüpfte. Dann sah ihn Ministerpräsident Generaloberst Brüning bei sich zu Gast. Darauf suchte Oberst Beck den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, auf.

Ernst Wilms-Posen †

Am 2. Januar starb in Düsseldorf im Alter von 72 Jahren der letzte deutsche Oberbürgermeister der Stadt Posen, Heimkehrer Dr. Ernst Wilms. Wilms wurde in Rheda in Westfalen geboren. Als junger Beigeordneter der Stadt Düsseldorf machte er sich im Jahre 1902 durch die glänzende Organisation der

Düsseldorfer Industrie- und Gewerbeausstellung einen Namen. Im Jahre 1903 wurde er als Nachfolger Wittings zum Oberbürgermeister von Posen berufen. Seine Amtszeit war die Zeit des großzügigen Ausbaus der Stadt: der Festungsgürtel wurde niedergelegt, neue Stadtteile entstanden, Promenaden und andere Grünanlagen lockerten das Stadtbild auf, zahlreiche repräsentative öffentliche Gebäude wurden errichtet, so das Schloß, die Generallandchaftsdirektion, die Oberpostdirektion, die Akademie, das Stadttheater, die Ansiedlungskommission usw., das Stadtinnere wurde saniert, das schöne alte Rathaus Posens wurde erneuert. Wilms brachte die durch seinen Vorgänger in Unordnung gebrachten Finanzen der Stadt wieder in Ordnung. Es war eine durchaus verdiente Anerkennung der von ihm geleisteten Arbeit, als ihm nach dem Verlust Posens die Genehmigung erteilt wurde, den Namen der Stadt, der er anderthalb Jahrzehnte seine ganze Arbeitskraft gewidmet hatte, in seinem Familiennamen zu führen. Durch den Umsturz von 1918 und den polnischen Aufstand wurde Dr. Wilms aus Posen vertrieben. Er wurde zunächst als Berliner Vertreter der Waffenstillstandskommission ins Auswärtige Amt berufen. Nach Erledigung dieses Auftrages ließ er sich als Rechtsanwalt in Düsseldorf nieder.

Bücher über den Osten

Deutscher Osten. Wandkalender für 1938. Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin. 67 Blätt. Preis 1,80 RM. — Dieser Wandkalender ist ganz in den Dienst der Ostwerbung gestellt. Er vereinigt die beiden tragenden Elemente der Ostwerbung in sich: Er stellt auf der einen Seite dar, was der deutsche Osten an Schönem und Wertvollem zu bieten hat, und veranschaulicht auf der anderen Seite die Aufgaben, die dem deutschen Volke im Osten gestellt sind. Auf den Vorderseiten der durchweg doppelseitig bedruckten Blätter ist vom schönen Osten und auf den Rückseiten vom politischen Osten die Rede. Die Schaufseiten der Kalenderblätter nehmen Bilder ostdeutscher Landschaften, Städte und Siedlungen ein, wobei besonderer Wert auf die Auswahl nicht nur photographisch schöner, sondern auch für den jeweiligen Landesteil charakteristische Motive gelegt worden ist, so daß der Kalender einen Ueberblick über die immer wieder überraschende landschaftliche Vielgestaltigkeit des deutschen Ostens vermittelt. In dessen politische Bedeutung führen die knapp und thesenhaft gehaltenen Texte und die

etwa 80 Zeichnungen und Karten ein, die die Rückseiten der Kalenderblätter einnehmen. Es ist dort von der geschichtlichen Leistung des deutschen Volkes im Osten, von der Arbeit des Deutschen Ostens, vom Städtebau im östlichen „Kolonialgebiet“ usw. die Rede. Es wird über die wirtschaftsgeographischen Wirkungen der Pariser Vorortkataste, über die rechtliche Stellung der Freien Stadt Danzig, über das Deutschumschicksal des Memelgebietes, über den Volkskampf in den sudetendeutschen Gebieten, über den Kampf um Posen und vieles andere berichtet. Es wird ein Einblick gegeben in die volkspolitischen Kräfte und in die Methoden des Volkstumskampfes im Osten, in die Aufbauarbeit des Dritten Reiches, in die bevölkerungspolitischen Probleme des Ostens und in viele andere Fragen. Es wird über die vorgeschichtliche Besiedlung des Ober-Weichsellandes, über die stammliche Gliederung des östlichen Deutschums, über die Schicksale Soldaus und des Hultschiner Ländchens, über die Entwicklung in den an Polen abgetrennten Gebieten usw. gesprochen. Es ist in diesem Kalender

das landschaftlich Schöne und das politisch kämpferische des deutschen Ostens gleichwertig nebeneinandergestellt. Dabei ist als deutscher Osten das ganze, sich von Memel bis Passau erstreckende reichsdeutsche Grenzland verstanden, das, so unterschiedlich es in seiner natürlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur erscheint, hinsichtlich seiner politischen Bedeutung für das deutsche Volk doch eine Einheit darstellt. Und von diesseitig der Grenze wird mit den Zeichnungen und Karten und mit den Texten immer wieder ein Blick in die weiten Länder jenseits der Grenze des Reiches geworfen, — damit andeutend, daß die deutsche Aufgabe an der nachpolitischen Erstarrungslinie, die diese vielfach gewundene und gezackte Grenze darstellt, nicht endet und daß auch jenseits dieser Grenze deutsches Schicksal gestaltet sein will. Den großen Bedenktagen des neuen Reiches, dem 30. Januar, dem 20. April, dem 2. August und dem 9. November sind besondere Blätter gewidmet.

Oberschlesien in der Aufstandszeit 1918 bis 1921. Erinnerungen und Dokumente. Von Generalleutnant a. D. Karl Hofer. Verlag von E. E. Mittler u. Sohn, Berlin 1938. 376 Seiten. Preis 5,80 RM. — Generalleutnant Hofer, den der Führer unter Würdigung seiner militärischen Leistungen und seiner politischen Einsatzbereitschaft in der Zeit des Zusammenbruchs kürzlich zu seinem 75. Geburtstag beglückwünschte, wurde in Plesk in Oberschlesien geboren. Als gebürtiger Oberschlesier und als Offizier, der, trotzdem er 1914 seinen rechten Arm verloren hatte, den ganzen Krieg an der Front mitmachte, war Hofer in der Notzeit Oberschlesiens der Mann, der die Verhältnisse des Landes und die Möglichkeiten seiner militärischen Beteiligung so beurteilen konnte, daß ihm dort ein sowohl militärisch wie auch politisch verantwortlicher Posten anvertraut werden konnte. Zur Zeit des ersten polnischen Aufstandes im Jahre 1919 war Hofer Befehlshaber der aus der 117. Infanteriedivision hervorgegangenen Kleinen Reichswehrbrigade 32. Er verstand es, mit dem Spuk der Arbeiter- und Soldatenräte aufzuräumen und den Aufstand niederzuwerfen. Der zweite polnische Aufstand, der genau ein Jahr später erfolgte, brachte den Polen, die sich jetzt bereits der Förderung und des Schutzes der in der Interalliierten Kommission maßgebenden Franzosen erfreuten, insofern einen Erfolg, als die Sicherheitspolizei, die das Land tapfer und einsatzbereit vor den polnischen Banden zu schützen versuchte, aufgelöst wurde. Als dann sechs Wochen nach der Abstimmung, Anfang Mai 1921, der dritte polnische Aufstand ausbrach, wurde Hofer wieder mit der Führung des deutschen militärischen Widerstandes, des Selbstschutzes Oberschlesiens, betraut. Als militärischer Oberbefehlshaber, der im Rahmen der ihm gegebenen geringen materiellen Möglichkeiten auf eigene Verantwortung handelte, war Hofer damals im Abstimmungsgebiet zugleich ein politisch ausschlaggebender Faktor des Deutschtums gegenüber den Alliierten und der Interalliierten Kommission.

Er nahm damit eine doppelte Stellung ein, die ihn oft in innere Konflikte versetzte. Was er als Soldat und Aktivist oft gern getan hätte, verbot ihm nur allzu oft die Rücksicht auf die unglücklichen politischen Rückwirkungen seiner Handlungen. Hofer geriet, zumal er infolge seiner Beauftragung durch die Reichsregierung (ein gewisser Dr. Wirth war damals Reichskanzler) in den Selbstschutzbereich als politisch verdächtig galt, oft in Gegensatz zu den Führern der Selbstschutzeinheiten, besonders zu General von Hälßen, der die politischen Bedenken Hoferers gegen eine militärische Großaktion gegen die Alliierten und dessen Einwände gegen den vom Selbstschutz geforderten Widerstand gegen die Anordnungen der Interalliierten Kommission nicht gelten lassen wollte und auch die rein militärischen Erfolgsaussichten des Selbstschutzes optimistischer als Hofer einschätzte. Einen erheblichen Teil seines Buches verwendet Hofer darauf, seine damaligen Entscheidungen, die ein Kompromiß zwischen soldatischem Latenzdank und politischer Laktik waren, als Entschlüsse zu rechtfertigen, die in der gegebenen Lage die Wahrscheinlichkeit des größten Gesamterfolges für Deutschland für sich hatten. Er sagt allerdings selbst, daß es sich nachträglich niemals mehr mit voller Klarheit wird entscheiden lassen, ob der Selbstschutz mehr erreicht hätte, wenn er aktiver eingesetzt worden wäre. Ungemein spannend und erregend ist die Darstellung, die Hofer vor allem von der noch wenig bekannten Kulissenarbeit gibt, die den dritten polnischen Aufstand begleitete. Die Spannungen, die in der Oberschlesienfrage zwischen den alliierten Mächten bestanden, die engen Beziehungen, in denen die englischen Offiziere mit dem deutschen Selbstschutz standen, die hinterhältigen Methoden des französischen Generals Le Rond, das Ringen zwischen Hofer und den Selbstschutzzführern um die Wahrung der politischen Linie in den militärischen Aktionen, die Zusammenarbeit mit dem aus den damaligen deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens zusammengesetzten Zweifler-Ausschuß, sowie mit dem Vertreter des Auwärtingen Amtes und all die anderen Ereignisse, die sich damals mehr oder weniger unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielten, werden in dem Buche Hoferers, durch zahlreiche Dokumente belegt, eingehend geschildert. Rückhaltlos erkennt Hofer die hervorragenden soldatischen Leistungen des Selbstschutzes an, vor allem den Sturm auf den Annaberg und den Vorstoß zum Klodnikkanal. Nästern und sachlich abwägend bleibt er stets in der Beurteilung des Möglichen. Klar und rücksichtslos ist sein Urteil über die Haltung der französischen Besatzungstruppen. Offen und deutlich kennzeichnet er den Charakter der polnischen Rebellen, unter deren blutigem Terror das Deutschtum des insurgierten Gebietes Unfähigkeit zu leisten hatte. Für die Kenntnis der französischen Besatzungstruppen. Offen und deutlich kennzeichnet er den Charakter der polnischen Rebellen, unter deren blutigem Terror das Deutschtum des insurgierten Gebietes Unfähigkeit zu leisten hatte. Für die Kenntnis der verschiedenen Beurteilung der militärischen Möglichkeiten und der politischen Zusammenhänge.

das Buch hofers mit dem des Generals von Hülßen zu vergleichen. Dr. R.

Die polnische Kunst von 1800 bis zur Gegenwart. Von Alfred Ruhn. Verlag von Klinkhardt und Biermann, Berlin 1937. Zweite veränderte Auflage. 211 Seiten mit 155 Abbildungen und Literaturübersicht. Preis 7,50 RM. — Von einer eigentlichen polnischen Kunst konnte man in der Zeit des altpolnischen Staates nicht sprechen. Die Schicht, aus deren Kräften heraus eine solche Kunst sich hätte entwickeln können, ein polnisches Bürgertum, war nicht vorhanden, oder es war, soweit es sich auf der von den Deutschen geschaffenen Grundlage etwa zu entwickeln begonnen hatte, in den gewaltsamen inneren Auseinandersetzungen, die das damalige Polen erschütterten, wieder zugrunde gegangen. „Polen hatte bisher (d. h. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts) keine eigene Kunst besessen. Selbst wenn man einen polnischen Baustil im Sinne Noakowitsk zu geben wollte, auf den Gebieten der Malerei und Plastik bestand nichts, was eine eigene immanente Kunstentwicklung autochthoner Prägung darstellen konnte.“ Der Anstoß zu einer eigenen polnischen Kunstentwicklung erfolgte von der Literatur her. Diese Literatur aber hatte ihren Sitz in der Emigration. Das gab ihr einen besonderen Charakter: „Die Erinnerung läßt alles schöner erscheinen, die Enttarnung monumentalisiert die Bilder, der Verbannungsschmerz verändert den Akzent, verschärft den Jont; gleichsam monomanisch wendet sich von jetzt ab das Denken des polnischen Künstlers um sein vaterländisches Los.“ Das galt auch für die bildende polnische Kunst, vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, unter der die Malerei die weitaus erste Stelle einnahm. Auch in der Malerei war die Darstellung der vergangenen (und durch den Schmerz des staatlichen Unterganges übersteigerten) Größe Polens zunächst das beherrschende Thema. Das gab der polnischen Kunst ihre politisch erzieherische Tendenz, versperrte ihr zunächst aber auch den Ausflieg zu europäischer Bedeutung. „Der Slave ist an und für sich kein bildkünstlerischer Mensch, was sich am deutlichsten in dem fast völligen Mangel an Skulptur bei ihm zeigt; er ist Dichter, Träumer, Musiker. Er lebt in Visionen, beraucht sich an Ideen, ohne das Bedürfnis nach prägnanter taftbarer Formulierung. Hier ist er der genaue Gegensatz zum Romanen, mit dem ihn Eigenschaften des Temperaments verbinden. Als starke innere Erlebnisse nach außen drängten, da machten sie sich naturgemäß in einer Gefühlssprache Luft, die dem Polen von vornherein gegeben war, in der Musik und in der Literatur. Sehr lange dauerte es dann, bis eine Verbindung zur bildenden Kunst sich herstellte. Und als sie endlich da war, bedeutende Ausstrahlung von ihr ausging, da war es doch wiederum zuerst das Sujet, das man ergriffen auf sich wirken ließ, wenn auch in einer durchaus konventionellen Form.“ Erst als es der polnischen Malerei gelang, sich langsam vom historischen Sujet zu befreien, wuchs sie im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich mit einigen ihrer Vertreter in europä-

ische Maße hinein. Daß das vor allem von der Seite der Landschaftsmalerei her geschah, so durch Glowacki, Chelmonowski, Galat und Wyczolkowski, war für die Richtung des künstlerischen Könnens der Polen wiederum bezeichnend. Dabei blieb durch das ganze Jahrhundert (bis heute) die Verbindung der polnischen Malerei mit den europäischen Hochburgen der Kunst bestehen; zuerst waren es Wien und München, wo fast alle polnischen Maler ihre Ausbildung und Ausrichtung erhielten; später traten Berlin und vor allem Paris an deren Stelle. In kürzeren Kapiteln behandelt Alfred Ruhn außer der Malerei auch die polnische Plastik und Graphik. Auf diesem letzteren Gebiete haben polnische Künstler (Eckorzynski, Strzajnska) Bedeutendes geleistet. Den Abschluß bildet ein Abschnitt über den polnischen „Klim“. Nicht unbedeutend ist die Zahl der polnischen Künstler, die in ihren Namen noch mehr oder weniger deutlich ihre nichtpolnische Herkunft erkennen lassen. Man findet unter ihnen Namen wie Stattler, Simmler und Brandt, Grottker, Matejko, Mehoffer und Letmajer, Lenc, Pautsch, Gotard und Hoppen, Szubert, Rzygier, Wittig, Holender und Treter.

Dr. R.

Das Stadtbild von Danzig in den drei Jahrhunderten seiner großen Geschichte. Von Otto Kleppel. Verlag A. W. Kasmann GmbH., Danzig 1937. 311 Seiten. 207 Bilder und 11 Pläne. Preis 15,— RM. — Das vorliegende Werk ist als Band 5 der von der Architekturabteilung der Technischen Hochschule Danzig herausgegebenen Schriftenreihe „Die Baukunst im Deutschen Osten“ erschienen. Es ist ein in seiner Art einzigartiges Buch. Es ist ein Versuch, eine Bildgeschichte Danzigs als raumkünstlerischer Einheit zu geben, die große Geschichte dieser deutschen Stadt an ihrer baulichen Entwicklung anschaulich zu machen. Es stützt sich dabei auf die Vorarbeiten besonders von Carlstenn, Mattiaci, Uann, Köhler, Simson und Kessler. Eine ganze Reihe weiterer Kenner der Baugeschichte Danzigs haben dem Verfasser die Ergebnisse ihrer Forschungen zur Verfügung gestellt. Ausßer dem einleitenden und dem Schlußkapitel, die sich mit der Entstehung der baulichen Anlage Danzigs beginn, mit ihrer Weiterentwicklung im 18. und 19. Jahrhundert befassen, ist das Werk den drei Jahrhunderten der großen Geschichte der Stadt Danzig, von der Mitte des 14. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts, gewidmet. Mit lebendiger Anschaulichkeit, die durch eine Fülle von Aufnahmen sowie den zeitgenössischen und rekonstruierenden Zeichnungen unterstützt wird, läßt der Verfasser die Stadt Danzig, wie sie um die Jahre 1400, 1500 und 1600 bestanden hat, vor dem Leser stehen. Um 1400, das ist die Zeit, in der die Bürgerhäuser der Stadt noch fast restlos aus Holzfachwerk bestanden, nur die öffentlichen Gebäude schon in Stein ausgeführt waren und die steinerne Stadtmauer nur den Kern der Stadanlage, die Rechtsstadt, umgab. Um 1500, das ist die Zeit, in der die Mauer bereits die erweiterte Siedlung, also die Rechtsstadt einschließlich der Altstadt und der

Vorstädte umschloß, die Bürgerhäuser zumeist schon in Stein ausgeführt waren und das gesamte Stadtbild baulich wie aus einem Guss geformt war. Um 1600 war dann die großartige steinerne Wehranlage bereits größtenteils der bastionären Befestigung gewichen und hatte sich das alte gotische Grundmotiv der Bürgerbauten mit dem Formenreichtum der Renaissance überdeckt. Das Einzigartige an der städtebaulichen Entwicklung Danzigs ist, daß, abgesehen vom 19. Jahrhundert, keine Zeit und keine Stillepoche die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der ursprünglichen Anlage zerstört hat, daß der Umbau von der Gotik zur Renaissance nicht in die Struktur des gotischen Stadtkörpers eingriff, sondern nur ihr äußeres Kleid berührte, daß sich der typische, breitgelagerte Horizontalismus der Renaissance- und Barockperiode, ohne das für die Gotik charakteristische Weststreben aller Bauglieder nach oben zu dämpfen, nur an einer einzigen Stelle, in der bastionären Befestigungsanlage auswirkte. Danzig blieb, trotz der Zerstörungen und Erweiterungen des 19. Jahrhunderts, die einzige deutsche Großstadt, die in ihrem Kern die Einheitlichkeit des städtebaulichen Stiles zu wahren vermochte, die sie z. B. ihrer großartigsten Entfaltung, um 1600, erreicht hatte.

Dr. K.

Im Land der Pferde. Trakehnen. Landschaft, Mensch und Pferd. Von Walter Franz mit Lichtbildern von Walter Kerschdorff und Zeichnungen von Erich Bietz. 3. Auflage. Grenzlandverlag Gustav Voettker, Pilsballe und Leipzig 1937. 127 Seiten. Preis 5,80 RM. — Es ist ein Buch, das jeden, der Pferde liebt, begeistert. Es erzählt von dem Land der Pferde, Trakehnen, von dem Aufwachen der Kühen, von den Schicksalen des Pferdes im Ablauf des Jahres, von seiner Erziehung, von der Arbeit der Wätere und Stutmeister, von dem soldatischen Leben des Reitburshen und der Verantwortung des Landstallmeisters, von den Erfahrungen und Wandlungen der Trakehner Zucht. Es berichtet über die 200 jährige Geschichte des Hauptgestütes Trakehnen und seiner 16 Voenwerke. Der Bericht trägt die Note des unmittelbaren Erlebens an sich, und diese Note wird durch die zahlreichen prachtvollen Auf-

nahmen und die vielen in den Text eingestreuten, launigen Zeichnungen noch besonders wirksam unterstrichen. Das Buch ist ein Lob des Trakehner Pferdes, seiner Stärke und Vielseitigkeit und Schönheit, und damit zugleich ein Lob Ostpreußens, der Heimat des Kameraden Pferd.

Dr. K.

Stade zwischen Meer und Memel. Von Martin Rakies. Hugo Bernmüller Verlag, Berlin-Lichterfelde 1937. Mit 82 Abbildungen. 63 Seiten. Preis 3,60 RM. — In spannenden Erzählungen, die durch vorzügliche vom Verfasser selbst aufgenommene Fotos ergänzt werden, wird uns das Leben des Elches in einer Form nähergebracht, wie es wohl bisher noch keinem Schriftsteller gelungen ist. Man fühlt, daß das Buch von einem Mann geschrieben ist, der mit seinem Heimatboden tief verwurzelt ist. Das Buch gehört in den Bücherschrank jedes Naturfreundes und echten Weidmannes.

Hoffmeyer.

Der Vogel Kof. Erzählung von Ludwig Finckh. Deutscher Volkerverlag München 1923. — Die Erzählung beginnt als ein schwebendes Idyll. Ein paar junge Menschen wachsen in der Geborgenheit ihrer Heimat heran, von dem Drange nach großem Erleben und von dem Wunsche erfüllt, in einer ziel- und haltlos gewordenen Zeit als Deutsche draußen in der Welt ihren Mann zu sehen. Mehr der Zufall als das eigene Bemühen führt sie über das große Wasser, wo sie sich als kleine deutsche Gruppe in Kolumbien auf dem Besitz eines schwäbischen Landmannes eine neue Existenz aufzubauen beginnen. Dort übertrifft sie der Krieg, und sie durchleben all den Stolz, das Bangen und die Not, welche die von ihrem Mutterlande abgeschnittenen und in dem großen Ringen ihres Volkes zur Untätigkeit verurteilten Reichsdeutschen im Ausland erlebten. Sie finden sich noch enger zusammen, suchen die weit über das Land verstreuten Deutschen zu sammeln und auf ihrem Plage dem bedrängten und schließlich unter der Ueberzahl der Feinde zusammenbrechenden Mutterlande zu helfen. So weitet sich die Erzählung aus zu einem Buch deutschen Schicksals im Ausland.

Dr. K.

Berlag Dr. Friedrich Omer, Berlin SW 61, Postfach 1-3. — Verantwortlich für die Schickelung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau, Jähr. 2. — Druck: Weltanschauung-Verlag G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Postfach 7. — Verantwortlich für Ausgabe: Axel Kemp, Berlin W 15. — Erscheint monatlich 6mal. Halbjähr 12mal jährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,30 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. u. B. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Poststr. 46 (Telefon 250914) zu richten.

Erd- und Feuerbestattung

Ueberführung von
und nach auswärts
mit eigenem
Ueberführungswagen

C. Haase Nachflg., Cottbus

Inhaber: Karl Bremer

Lausitzer Straße 3. Fernruf 2437

Otto Kröder, Tischlermstr.

Seufenberg N/L, Kais. Friedr.-Str. 27

führt Bestattungen aus für den
Bund Deutsch. Osten. Ruf 282

Thüringer Hof

Seufenberg N.-L., Am Bahnhof

Tel. Seufenberg 494. Besitzer Karl Kozze

Warmwasserheizung, fließendes Wasser

Bäder, betreibbare Auto-Garage.

Empfiehlt sein Lokal dem
BUND DEUTSCHER OSTEN

Keiner
darf hungern
und frieren!

Spendet für das
Winterhilfswerk